Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

21.01.2023

Bundesprogramm Tierhaltung: Das Ringen um die Fördersätze hat begonnen, 16.01.2023

Ende Dezember hatte das Agrarministerium (BMEL) die Eckpunkte für das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung vorgestellt. Für 2023 stehen für die neue Förderung 150 Mio. Euro zur Verfügung. Diese sind Teil der Anschubfinanzierung von 1 Mrd. Euro im Agrarhaushalt bis 2026. Im kommenden Herbst soll das Bundesprogramm starten.

Noch im letzten Jahr wurde das Verfahren zur Beteiligung der Länder und der Verbände eröffnet. Heute (16.01.) hat sich der Anbauverband Bioland zu den Plänen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) geäußert. Bioland fordert, dass Bio-Schweinehaltungen beim Bundesprogramm stärker unterstützt werden als Betriebe ohne Bio-Siegel. Die Pläne des BMEL sehen vor, alle Schweinehalter gleichermaßen – mit 50 Prozent der Kosten für den Stallumbau oder -neubau – zu unterstützen, sofern zumindest der Außenklimakontakt hergestellt wird.

Keine gestaffelte Förderung beim Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung vorgesehen:
Am Bundesprogramm sollen sich Halter von Ferkeln, Sauen und Mastschweinen beteiligen können, die ihren Tieren mehr Platz und den Kontakt zum Außenklima, Auslauf oder Freiland ermöglichen wollen. Während der Fördersatz für die Stallbauten 50 Prozent betragen soll, ist für die Deckung der laufenden Mehrkosten ein Fördersatz von 65 Prozent vorgesehen.
Neben einer flächengebundenen Obergrenze von 2 GVE/ha soll es gleichzeitig eine Obergrenze von 3.000 Mastschweinen und 200 Sauen geben. Hat ein Betrieb mehr Tiere, soll er für diese Tierzahlen trotzdem an der Förderung teilnehmen können. Auch die Berücksichtigung von Betrieben, die bereits umgebaut haben, ist vorgesehen. Der Förderbetrag soll darüber hinaus auf 600.000 Euro pro Betrieb gedeckelt werden. Im Stall sollen getrennte Funktionsbereiche vorliegen. Saen müssen dem ersten Entwurf für das Bundesprogramm zufolge 20 Prozent mehr Platz und einen Liegebereich bekommen. Eine weitere Vorgabe soll sein, dass der Ringelschwanz bei 80 Prozent der Schweine intakt ist. Mastschweine dürfen nur immunologisch kastriert werden und die Betriebsleiter sollen regelmäßig an Schulungen teilnehmen.

Für „eine gestufte Finanzierung bei der investiven Förderung“ spricht sich der Bioland aus
Der Verband schlägt vor, die Schweinehaltung im ökologischen Landbau mit einem Fördersatz von 60 Prozent zu unterstützen. Die Freilandhaltung beziehungsweise Ställe mit Auslauf sollten aus Sicht von Bioland mit 50 Prozent der Investitionskosten gefördert werden. Für Schweinehaltungen mit Außenklima wird ein Fördersatz von 30 Prozent vorgeschlagen.
„Der bei der investiven Förderung vorgeschlagene einheitliche Fördersatz unter den drei zu fördernden Haltungsformen führt zu massiven Wettbewerbsverzerrungen, da das Erreichen der beiden höchsten Stufen erheblich größere Kosten mit sich bringt”, sagt Gerald Wehde, Leiter Agrarpolitik bei Bioland. Gestufte Fördersätze entsprächen auch dem bisherigen Vorgehen im Agrarinvestitionsförderprogramm und seien daher nur folgerichtig. Die geplante Tierhaltungskennzeichnung mit einer Bio-Stufe begrüßt der Verband.

Quelle: agrarheute.com; gekürzt

VDF: „Özdemir schafft die Schweinehaltung ab!“, 16.01.2023

„Die Zeichen stehen auf Ausstieg.“ So drastisch kommentierte Steffen Reiter, Geschäftsführer von Fokus Fleisch, die Lage anlässlich eines Pressegesprächs des Verbands der Fleischwirtschaft (VDF) am Montag. Reiter zitierte zu Beginn den Bundeskanzler Scholz aus einem aktuellen Interview: „Ich bin kein Anhänger der Volkserziehung. Politik sollte den Leuten nicht vorschreiben, wie viel Fleisch sie essen“. Diese Erkenntnis habe jedoch noch keinen Einzug in die Bundespolitik gefunden.
Stattdessen drängten BMEL und Minister Özdemir mit den jüngst vorgestellten Gesetzentwürfen die Tierhaltung in Deutschland zum Ausstieg. Dabei sei die Wissenschaft auf der Seite der Tierhalter: "Mehr als 650 Wissenschaftler haben die sogenannte Dublin Declaration unterzeichnet", sagte Reiter. Darin heißt es, dass Fleisch und Nutztiere zur persönlichen Gesundheit und zum Wohlbefinden beitragen.

Keine Eigenversorgung mehr mit Fleisch?:
„Es geht um drei Gesetze“, konkretisierte VDF-Vorstand Dr. Gereon Schulze Althoff (Tönnies) das Problem. Das eine regelt die staatliche Kennzeichnung, das zweite den Umbau und das dritte das Baurecht. „Wenn diese Gesetze so kommen, gleicht das einer Abschaffung der konventionellen Schweinehaltung in Deutschland“, erklärte Schulze Althoff. Demnach benachteiligen die Regelungen deutsches Fleisch.

Hülsenfrüchte und Blumenkohl als Ersatz?:
„Wenn nur noch Hülsenfrüchte, Erdbeeren und Blumenkohl angebaut werden dürfen, verabschiedet sich Deutschland aus der Eigenversorgung mit Lebensmitteln“, kritisierte der Tönnies-Manager. Als Beleg nannte den Abbau des Schweinebestandes um 10 % im vergangenen Jahr. Die seit Jahren herrschende Unsicherheit über die zukünftigen Tierhaltungsregelungen müsse ganz schnell ein Ende haben.
Die Verbraucher würden nicht das teurere Tierwohlfleisch aus Deutschland kaufen, wenn ausländische Produkte erheblich preisgünstiger seien. „Das funktioniert nicht!“ Der Borchert-Plan sei der einzige Weg. Sonst drohe sogar ein Tierwohl-Rückschritt, warnte Schulze Althoff.

Kelliger: Förderung nur bis 1200 Mastplätze bzw. 200 Sauen:
VDF-Vorstand Hubert Kelliger (Westfleisch) kritisierte die geplante Förderung, weil sie große Teile der Schweinehalter ausschließe. Durch die Fördergrenze von maximal 1.200 Mastplätzen pro Betrieb und Sauenhaltung mit maximal 200 Sauen klammere man die Mehrheit der Betriebe aus. Zudem sei die Förderung auf die Haltungsstufen 3, 4 und 5 beschränkt, die allenfalls 5 % des Marktes ausmachten. 95 % der Betriebe gingen leer aus. „Özdemir bedient ausschließlich die grüne Klientel, wie Biobetriebe“, polterte Kelliger. Dabei sind diese Betriebe bereits umgebaut.

Ausländische Ware wird bevorzugt:
Er sieht auch eine gravierende Wettbewerbsverzerrung: Die Kennzeichnungspflicht und damit der Aufwand für Chargentrennung und -reinhaltung entfalle für Importware. Ausländisches Fleisch sei gar nicht kennzeichnungspflichtig und entziehe sich damit dem Vergleich der Haltungsformen.

Downgrading verboten:
Desweiteren sei die Einsortierung einer höheren Haltungsstufe in eine niedrige (Downgrading) nicht erlaubt. Damit müssten alle Teile eines Schweines immer in der jeweiligen Stufe getrennt gekennzeichnet und vermarktet werden. Das sei in der Praxis, z.B. bei fehlender Nachfrage nach höheren Haltungsstufen und bei der Vielzahl der Teilstücke nicht umsetzbar. Eine Chargentrennung in 5 Stufen können mittlere und kleine Fleischunternehmen demnach kaum leisten. Im Ergebnis würden sich mittlere und kleinere Schlachtbetriebe auf eine (maximal zwei) Haltungsstufen festlegen müssen. „Sie nehmen dann nur Tiere der Haltungsstufe Stall und Stall+ an“, stellte Kelliger klar.

LEH zahlt nicht für 20% mehr Platz (Stall+):

Dass viele Schweinehalter auf die Stufe Stall+ gehen sei zudem unwahrscheinlich. Landwirte, die bisher auf Haltungsform Stufe 2 bzw. Initiative Tierwohl (ITW) umgestellt hätten, würden künftig eher in der niedrigsten Stufe vermarkten, im Kosten zu sparen. Das Problem: „Es gibt keine Zusage des LEH, für Stall+ Aufschläge zu zahlen“, sagt Kelliger.

Quelle: topagrar.com; gekürzt

Einsatz von Antibiotika bei Masttieren rückläufig, 17.01.2023

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat festgestellt, dass Antibiotika bei Masttieren immer seltener eingesetzt werden. Auch die Zahl der Tiere, die im Schlachthof positiv auf antibiotikaresistente Keime getestet wurden, ging zurück.
Laut einer Pressemitteilung hat das Institut einen Bericht zum Thema "Behandlungshäufigkeit und Antibiotika-Verbrauchsmengen 2018-2021: Trends in der Fleischproduktion von Rindern, Schweinen, Hühnern und Puten" erstellt. Das BfR hat die Aufgabe, die jährlich von den Bundesländern bereitgestellten Daten zum Antibiotikaeinsatz auszuwerten und eine Risikobewertung von Antibiotikaresistenzen durchzuführen. Das BfR hat in seinem Bericht Daten von 2018 bis 2021 zum Antibiotikaeinsatz im Jahr 2017 verglichen.

„Die gute Nachricht ist, dass der Gesamtverbrauch an Antibiotika bei den betrachteten Nutztierarten rückläufig ist, wenn auch mit Schwankungen“, sagt Prof. Dr. Annemarie Käsbohrer, Leiterin der Abteilung Epidemiologie, Zoonosen und Antibiotikaresistenz, die den Bericht erstellt hat. „Dieser Rückgang ist jedoch je nach Tierkategorie unterschiedlich und spiegelt nicht den beobachteten Verbrauchsrückgang wider. Wir müssen das Resistenzverhalten von Keimen besser verstehen und die Anstrengungen zu dessen Reduzierung intensivieren, um einen langfristigen Rückgang erreichen zu können in der Resistenzrate", sagte Käsbohrer.
Das BfR hat sich bei seiner Bewertung auf verschiedene Parameter konzentriert. Häufigkeit und Menge der verabreichten Antibiotika in einem Zeitraum von sechs Monaten wurden tierspeziesbezogen bewertet. Von den Nullnutzerbetrieben waren etwa 85 % Mastrinder. Daher waren auch die Verbrauchsmengen vernachlässigbar. Die größten Mengen an Antibiotika wurden nach wie vor bei Mastschweinen eingesetzt, gefolgt von Ferkeln, Puten, Hühnern und Kälbern. Die durchschnittliche Antibiotikagabehäufigkeit der einzelnen Betriebe wies in den meisten Fällen eine abnehmende Tendenz auf, obwohl in einzelnen Halbjahren höhere Werte gefunden wurden. In Masthähnchenbetrieben ist zwischen 2017 und 2021 jedoch ein deutlicher Aufwärtstrend zu erkennen. Die durchschnittliche Behandlungshäufigkeit auf Betriebsebene stieg um 4,8 Tage.
Aufgrund neuer Verordnungen zum Antibiotikamonitoring, die eine verpflichtende Dokumentation des Antibiotikaeinsatzes bei landwirtschaftlichen Nutztieren vorschreiben, wird das BfR evaluieren, wie sich die Behandlungshäufigkeit und die Verbrauchsmengen über die Zeit entwickeln.

Quelle: fleischwirtschaft.com

Borchert-Kommission erneuert Kritik an Özdemir-Plänen zur Tierhaltung, 19.01.2023

Die Borchert-Kommission hat sich am 18. Januar kritisch zu den bisherigen Plänen für den Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland geäußert. agrarheute berichtete bereits vorab über einen Entwurf des Papiers. Darin enthalten waren Passagen, wonach die heimische Tierhaltung aus Klimaschutzgründen reduziert werden sollte. Diese sind im finalen Beschluss nicht mehr enthalten.

Die sogenannte Borchert-Kommission, das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, hat am 18. Januar, im unmittelbaren Vorfeld der Internationalen Grünen Woche in Berlin, eine Stellungnahme zur Zukunft landwirtschaftlicher Tierhaltung vorgelegt. Der Redaktion liegt sowohl die finale Fassung als auch ein vorhergehender Entwurf des Dokuments vor. Dieser äußert sich zu den verschiedenen Vorhaben der Bundesregierung im Bereich Nutztierhaltung und bewertet diese zumeist kritisch: Landwirtschaftliche Betriebe hätten derzeit keine Orientierung, wohin sich die Nutztierhaltung entwickeln solle.

Klima-Kritik an Nutztierhaltung verschwunden:
Der Entwurf der Stellungnahme der Borchert-Kommission hatte einen Rückgang des Konsums tierischer Produkte aus Gründen des Klimaschutzes begrüßt. Dieser Prozess könne deutlich beschleunigt werden, wenn im Rahmen einer Mehrwertsteuerreform der Verzehr tierischer Lebensmittel verteuert und der von pflanzlichen Lebensmitteln verbilligt werden würde. Explizit hieß es zudem im Textentwurf: „Die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland sollte ungefähr im Gleichschritt mit der Verbrauchsentwicklung zurückgehen.“ All diese Passagen finden sich nicht mehr in der finalen Fassung des Beschlusses.

Wovor warnt die Borchert-Kommission?:
Im aktuellen Beschluss warnt die Borchert-Kommission vor einer Verlagerung der Nutztierhaltung ins Ausland. Dies würde einen Anstieg der Lebensmittelimporte bedeuten, der weder den tierschutz- noch den klimapolitischen Zielen dienen werde.

Wie sieht das neue Borchert-Papier den Umbau der Nutztierhaltung?:
Die Stellungnahme der Borchert-Kommission äußert sich zu den bislang vorgelegten Gesetzentwürfen und Plänen der Bundesregierung zum Umbau der Nutztierhaltung. Diese seien „nicht in der Lage, den Umbau des gesamten Nutztiersektors zu bewerkstelligen“.

Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung:
Das Borchert-Papier nennt die im Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung vorgesehene Tierwohl-Prämie „unzureichend“. Folgende Vorschläge zur Deckung der Mehrkosten der Nutztierhalter stehen im Dokument:

- Landwirten sollten Verträge über 20 Jahre erhalten, um Abschreibungen für Stallbauten voll berücksichtigen zu können.
- 80-90 Prozent der Mehrkosten sollten gefördert werden. Bei einer Veränderung der Rahmenbedingungen sollten Förderbeträge erhöht oder gesenkt werden können.
- Falls Größenbegrenzungen für Ställe eingeführt werden, sollte dennoch ein Großteil der Schweinehalter am Programm teilnehmen können. Die Alternative zur strikten Begrenzung der Größe sei degressive Förderung.
- Hohe Anforderungen bei intakten Ringelschwänzen sollten schrittweise umgesetzt werden.
- Die Investitionsförderung solle nicht über das Bundesprogramm, sondern wie bisher über Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und Gemeinsame Agrarpolitik erfolgen. Im Bundesprogramm werde die Finanzierungsmöglichkeit für die Tierwohlprämie deutlich begrenzt. Das Kompetenznetzwerk begrüßt allerdings den Einstieg in vertraglich abgesicherte, laufende Zahlungen, in die mit dem Bundesprogramm ein Einstieg gefunden sei.

Anpassungen des Baurechts:

Das geplante Gesetz zur Erleichterung von Stallbauten sollte, so das Borchert-Papier, in mehrfacher Hinsicht verbessert werden. Aktuell ist ein erleichterter Stallbau nur dann möglich, wenn die Anlage an exakt der gleichen Stelle gebaut wird, wie der bislang bestehende Stall. Dies bedeute, dass Tierhalter während der Bautätigkeit mit der Tierhaltung pausieren müssten, und schränke die Bereitschaft zur Nutzung der Maßnahme massiv ein. Hier fordert die Stellungnahme Flexibilität. Notwendige Erleichterungen für Nutztierhalter im Bereich der TA Luft gebe es zudem derzeit nicht.

Gesetz zur Tierhaltungskennzeichnung:

Das von Cem Özdemir geplante Gesetz zur Tierhaltungskennzeichnung sieht der Beschluss der Borchert-Kommission kritisch. Die Kennzeichnung von Haltungsformen mit Prozent-Angaben sei weder leistbar noch kontrollierbar. Verarbeiter würden Anreize geschaffen, verstärkt ausländische Ware mit niedrigeren Tierwohl-Standards zu nutzen. Ware höherer Standards könne außerdem nicht unter niedrigeren Standards angeboten werden, was die Vermarktung erschwere. Die Möglichkeit zu einem solchen „Downgrading“ müsse ebenso geschaffen werden, wie Schwellenwerte zum Erreichen bestimmter Tierhaltungs-Standards. Derzeit habe die staatliche Tierhaltungskennzeichnung keine Chance, bestehende Haltungsformkennzeichnungen abzulösen. Es solle daher besser mit diesen Labels kooperieren, zumindest bis eine einheitliche, EU-weite Lösung umgesetzt werde.

Neue Tierhaltung in Zeiten höherer Inflation?:

Der Beschluss der Borchert-Kommission steht auch „in der neuen geopolitischen Lage des Jahres 2023“, also höherer Inflation bei Lebensmitteln, weiter zu seinen Empfehlungen aus dem Jahr 2020. Allerdings sollte die Bevölkerung in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht zusätzlich belastet werden. Die für den Umbau der Nutztierhaltung bislang zugesagten Gelder würden bis zum Ende der Legislaturperiode reichen. Allerdings brauche es weiterhin den „Einstieg in eine überzeugende Transformationsstrategie“. Komme diese nicht, werde die heimische Nutztierhaltung zunehmend ins Ausland verlagert.

Quelle: agrarheute.com

Biobetriebe schneiden bei Tiergesundheit laut Foodwatch nicht besser ab, 17.01.2023

Verbraucherschützer üben scharfe Kritik an Tierwohlsiegeln. Auf Biobetrieben gebe es genauso kranke Tiere wie auf konventionellen Höfen, kritisiert Foodwatch. Bioverbände beklagen dagegen einen einseitigen Blickwinkel.

Siegel zur Haltungskennzeichnung bringen keine Fortschritte in Sachen Tiergesundheit. Zu diesem Urteil kommt die Verbraucherorganisation Foodwatch nach der Analyse von mehr als einem Dutzend tiermedizinischer Studien. Ob Tiere auf einem Biohof oder in einem konventionellen Betrieb gehalten werden, spiele mit Blick auf Krankheiten kaum eine Rolle. »Kranke und verletzte Tiere gibt es auf kleinen Biohöfen genauso wie in großen Tierfabriken«, sagte die Autorin des Reports, Annemarie Botzki.

Sie kritisierte das geplante staatliche Tierhaltungslabel. »Es wird das Tierleid nicht beenden«, sagte Botzki. »Es täuscht Verbraucherinnen und Verbraucher.« Diese müssten davon ausgehen können, dass Produkte von gesunden Tieren stammen. Eine Tiergesundheitsstrategie sei aber nicht erkennbar. Es fehle an gesetzlichen Vorgaben, damit auf den Betrieben Tiergesundheit gewährleistet sei. Landwirtschaftsminister Cem Özdemir plant eine verpflichtende Haltungskennzeichnung, die zunächst für frisches Schweinefleisch gelten soll. Später soll das Label auch auf verarbeitete Produkte und andere Nutztiere ausgeweitet werden. Botzki kritisierte, das Siegel informiere lediglich über Unterschiede in der Haltungsform – nicht aber über den Gesundheitszustand der Tiere. Ob Hühner, Schweine oder Kühe gesund seien, hänge nicht nur vom Platzangebot in den Ställen ab. Wichtig sei auch Stallmanagement oder die Auswahl von Tierrassen.

<u>Gefahr für Verbraucher besteht nicht:</u>
Foodwatch verweist auf die Auswertung von Studien zur Nutztierhaltung. Demnach gibt es in allen Haltungsstufen Probleme. Die Autoren des Reports ziehen etwa Daten aus Dänemark heran, wo mehr als eine Million Schlachtschweine untersucht wurden. Bei rund 36 Prozent der konventionell gehaltenen Tiere seien Krankheiten festgestellt worden. Bei den Tieren aus ökologischer Freilandhaltung habe der Anteil kranker Tiere mit gut 35 Prozent nur geringfügig niedriger gelegen.
Auch bei Kühen gebe es auf Biobetrieben Probleme. Der Foodwatch-Report verweist auf eine Untersuchung von 60 ökologisch wirtschaftenden Milchviehbetrieben in Deutschland. Demnach waren mehr als die Hälfte der Milchkühe von Euterentzündungen betroffen. Eine konkrete Gesundheitsgefahr für Verbraucher bestehe aber nicht, erklärten die Foodwatch-Experten. Solange dies nicht der Fall sei, könnten Veterinäre auch nur bedingt einschreiten.

Quelle: spiegel.de

Marktbericht

Deutscher Biomarkt erstmals rückläufig, 16.01.2023

Der deutsche Markt für biologisch erzeugte Lebensmittel ist 2022 zum ersten Mal in seiner Geschichte geschrumpft. Die betreffenden Erlöse verringerten sich von Januar bis Oktober 2022 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 4,1%. Der Mengenrückgang belief sich auf 5,7%. Diese Zahlen nennt der Deutsche Bauernverband (DBV) in seinem Marktbericht zum Jahreswechsel 2022/23. Allerdings wird der Umsatz mit Biolebensmitteln 2022 laut DBV mit voraussichtlich rund 15 Mrd. Euro (15,05 Mrd. Fr.) immer noch um 2,7 Mrd. Euro (2,71 Mrd. Fr.) über dem Niveau von 2019 liegen. Und das heiße, der Bio-Markt «konnte das sehr hohe Umsatzwachstum von 22% aus dem ersten Corona-Jahr in der Krise 2022 halten».

Discounter als Gewinner:
Wie der Bauernverband unter Berufung auf Daten der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) weiter feststellt, sind die Discounter auch bei den Bioprodukten die Gewinner des Trends zum «Billig»-Einkauf. Im Zeitraum Januar bis Oktober stieg hier der Bio-Umsatz um 14,5%. Im Vollsortiments-Detailhandel blieben die Erlöse mit Bioerzeugnissen etwa gleich. Im Naturkostfachhandel und in der Direktvermarktung sank er hingegen dramatisch, nämlich gemäß den GfK-Daten um 20%. Viele Öko-Produkte seien im Discounter nur geringfügig preiswerter oder gleich teuer, aber das Preisimage lenke den Konsum offenbar mehr als echte Preiskenntnis, so der DBV. So war nach seinen Angaben die Biotrinkmilch im Sommer bis in den September hinein im Discount und im Detailhandel teurer als im Naturkostfachhandel, nachdem im Juni 2022 Aldi den Preis für die Biotrinkmilch auf einen Schlag um 50% erhöhte hatte.

Die Umstellungstätigkeit der Landwirte auf Bio blieb verhalten. Das half dem Bauernverband zufolge, die Produzentenpreise zu stabilisieren, und bei wichtigen Ökorohstoffen gab es sogar Preissteigerungen. So erhöhten sich die Preise für Weizen, Roggen und Hafer aus biologischer Produktion um mehr als 20% und für Futterweizen um 17%. Der Erzeugererlös für ein Kilogramm Biorohmilch legte um gut 20% auf 62 Cent (62,2 Rp.) zu, der Preis für Bioschweinefleisch und -rindfleisch um 9% beziehungsweise 8%. Für Altkühe allerdings stagnierte laut DBV der Erzeugerpreis. Dinkel erlebte zum wiederholten Mal eine Talfahrt. Der Markt für Bioeier entwickelte sich rückläufig, was eine Abstockung der Legehennenbestände zur Folge hatte. Die kurzfristigen Aussichten für den Biolandbau sind nach Einschätzung des Bauernverbandes auch im Hinblick auf 2023 «verhalten zu beurteilen». Bei einem Wiederanspringen der Konjunktur beziehungsweise einer Konsolidierung der Verbrauchereinkommen dürfe aber wieder mit einem Nachfragewachstum gerechnet werden.

Quelle: schweizerbauer.ch

Anstieg der Schweineproduktionskosten in allen Ländern, 16.01.2023

In einem Bericht von InterPIG, einer internationalen Expertengruppe für die Wirtschaft der Schweineindustrie, wurden die Kosten der Schweineproduktion im Jahr 2021 in 18 Ländern verglichen. Diese in Euro ausgewiesenen Kosten variierten im Jahr 2021 um fast 1 Euro/kg Schlachtkörper zwischen dem Mittelwesten Brasiliens und Italien, was zeigt, wie unterschiedlich die Situationen waren. Während Italien ebenso wie einige nordeuropäische Länder unterschiedliche Produkte erzeugen (schwerere Schweine, Tiere in Freilandhaltung usw.), produzieren die Länder jenseits des Atlantiks billigere Schweine mit geringeren Produktionskosten.

Futtermittelpreise:

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 64,00 EUR

(23.01.23 – 29.01.2023)

Vorwoche: 62,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,00 EUR

(18.01.2023)

Vorwoche: 2,00 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

STA
Serviceteam Alsfeld GmbH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.